



Presseschau vom 16.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends / nachts::

de.sputniknews.com: Flüchtlinge aus Ost-Ghuta wissen nichts von „Chlorgas-Einsatz“
Einwohner von Ost-Ghuta, die am Donnerstag diese Rebellenklave verlassen konnten, wollen keine Anzeichen eines Chemiewaffeneinsatzes in der Region vernommen haben. Am Donnerstag begann der organisierte Massenzug der Zivilisten aus Ost-Ghuta. Nach russischen Angaben konnten im Laufe des Tages mindestens bereits 11.000 Menschen die Ortschaften Chamurija, Sakba und Hase verlassen.

„Ich bin kein Spezialist in Sachen Chemiewaffen, aber sehen Sie selbst: Die Menschen haben weder Brandwunden noch Geschwüre und oder eine Anzeichen von Erstickung. Deshalb sind diese Behauptungen (in Bezug auf den Einsatz von Chemiewaffen – Anm. d. Red.) haltlos“, sagte der Einwohner von Ost-Ghuta, Adnan Kafusi.

Ein anderer Einwohner des Gebiets, Ibrahim Chakim, beschrieb die Angaben über den Chemiewaffeneinsatz als unglaubwürdig: „Die Informationen über den Einsatz von Chemiewaffen gegen uns stimmen nicht“.

Der ständige Vertreter Russlands bei der Organisation für das Verbot chemischer Waffen, Alexander Schulgin, hatte am Vortag erklärt, Russland habe wiederholte Chemiewaffeneinsätze in „Kriegsherden“, unter anderem von Terroristen in Syrien, beobachtet.

Vor kurzem hatten die syrischen Regierungstruppen beim Durchkämmen der Ortschaft Aftris in Ost-Ghuta nach dem Abzug der Rebellen eine Werkstatt zur Herstellung von Chemiemunition gefunden.

Westliche Medien hatten zuvor unter Berufung auf „Aktivisten“ berichtet, die syrischen Regierungstruppen hätten Ost-Ghuta mit Chlor-Munition beschossen und dabei 30 Menschen verletzt. Im vergangenen Monat hatten die Medien drei Mal über den Einsatz von Chemiewaffen in Ost-Ghuta berichtet.

de.sputniknews.com: Ost-Ghuta: Syrische Armee bringt weitere Ortschaft unter Kontrolle
Die syrischen Regierungstruppen haben die Siedlung Chamurija in der umkämpften Rebellenenklave Ost-Ghuta, wo der humanitäre Korridor eingerichtet wurde, unter ihre völlige Kontrolle gebracht. Dies berichtet ein Sputnik-Korrespondent vor Ort. Derzeit durchkämmen die Soldaten auf der Suche nach Sprengfallen die Gegend. Gleichzeitig gibt die Armee den Zivilisten, die über den humanitären Korridor Ost-Ghuta verlassen, Deckung.

„Wir sind anderthalb Stunden nach Chamurija gegangen“, teilte ein Flüchtling aus Sakba Sputnik mit. „Mein Vater fühlt sich nicht wohl. Unsere Verwandten sind in Sakba geblieben. Militante haben uns gedroht, wir haben jedoch den Mut aufgebracht – und jetzt sind wir frei“. Die vorderen Truppen syrischer Regierungskräfte verdrängen die Terrormiliz „Dschebbat an-Nusra“ weiter von den Territorien zwischen Chamurija, Sakba und Arbin. Seit neun Uhr gilt in Ost-Ghuta eine humanitäre Pause. Nach Einschätzung des Versöhnungszentrums konnten fast 11.000 Zivilisten die Region verlassen. Die syrischen Regierungskräfte und das Zentrum bringen die Flüchtlinge in provisorischen Aufnahmestellen unter....



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31994/20/319942081.jpg>

dnr-news.com: Die Generalstaatsanwaltschaften der LVR und DVR unterzeichneten Kooperationsabkommen

Die Leiter der Generalstaatsanwaltschaften der Lugansker und Donezker Volksrepublik haben heute ein Abkommen zur Rechtshilfe und Zusammenarbeit unterzeichnet. Dies wurde von der Strafverfolgungsbehörde der LVR gemeldet.

„Heute trafen wir mit der Delegation der Generalstaatsanwaltschaft der Donezker Volksrepublik zusammen, ein solches Treffen in der Generalstaatsanwaltschaft der LVR fand erstmalig statt. Ergebnis dieses Treffens war die Unterzeichnung eines Abkommens zur Rechtshilfe und rechtlichen Zusammenarbeit zwischen den Generalstaatsanwaltschaften der LVR und DVR.“

Ein solches Abkommen wird die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden erheblich erleichtern, beschleunigen und verbessern“, sagte der Generalstaatsanwalt der LVR Sergej Gorjenko. Gorjenko drückte seine Dankbarkeit für diese Zusammenarbeit gegenüber dem Generalstaatsanwalt der DVR Andrej Spiwak aus.

„Ich möchte außerdem den Oberhäuptern unserer Republiken (Leonid Pasetschnik und Alexandr Sachartschenko) meine Dankbarkeit für die Hilfe und Unterstützung bei der Unterzeichnung dieses Abkommens ausdrücken“, fügte der Generalstaatsanwalt der LVR hinzu.

Spiwak erklärte, dass seit der Bildung der Strafverfolgungsorgane der Volksrepubliken des Donbass die Staatsanwaltschaft der DVR mit der Staatsanwaltschaft der LVR zusammenarbeitet.

„Wir hatten Fragen zum strafprozessualen Tätigkeitsbereich sowie zu anderen Bereichen der staatsanwaltlichen Aufsicht. Und im Ergebnis dieser Erörterungen wurde der Text dieses Abkommens ausgearbeitet, das im Prinzip eine Plattform darstellt, um die Durchführung unserer Aufgaben zu erleichtern, und die Grundlage für eine eventuelle Angleichung der Rechtsvorschriften der Republiken legen kann“, sagte der Generalstaatsanwalt der DVR.

Ukrinform.ua: Hollande: Sanktionen gegen Russland sollte man auf Energiesektor erweitern
Sanktionen seien ein wirksames Druckinstrument gegen Russland und sie solle man auf den Energiesektor erweitern, erklärte im Rahmen eines Symposiums im European College in Natolin, Warschau, „Revolution, Krieg und seine Folgen“ der Ex-Präsident von Frankreich, François Hollande, berichtete ein Ukrinform-Korrespondent.

„Wenn Sanktionen gegen Russland nicht wirksam wären, würde niemand in Russland fordern, sie aufzuheben. Das Normandie-Format bestimmt einen wertvollen Rahmen, der dem Rat der EU die Möglichkeit gibt, Sanktionen gegen Russland zu verlängern. Sie sind auch nachteilig für die EU, insbesondere für Frankreich, aber sie beeinflussen die russische Wirtschaft... Jetzt muss man sie auch auf den Energiesektor erweitern“, sagte Hollande.

Er lenkte die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass es Länder gibt, die gegen die Erweiterung der Sanktionen gegen die russische Energie plädieren, deshalb seien sie im Moment noch nicht verhängt.

Hollande zeigte sich besorgt, dass innerhalb der EU-Länder eine Kluft wachsen könnte und ein Teil der Gemeinschaft die Aufhebung der Sanktionen wollen wird. Allerdings betonte der Ex-Präsident, solange das Normandie-Format und die Vereinbarungen von Minsk bestehen, wird der EU-Rat bis dahin Gründe haben, die Sanktionen gegen Russland aufrechtzuerhalten. Hollande betonte ferner, dass Russland versucht, den aktuellen Status Quo zu erhalten und den Konflikt, sowohl in der Ukraine als auch in anderen Ländern, wo es sie gibt, „einzufrieren“. Seiner Ansicht nach will der russische Präsident Wladimir Putin den Einfluss auf die Zukunft der Ukraine erhalten, aber er versteht nicht die Anhänglichkeit der Ukraine an Europa.

de.sputniknews.com: USA weiten antirussische Sanktionen aus
Washington hat seine Sanktionen gegen Moskau ausgeweitet. Die entsprechende Restriktionsliste wurde am Donnerstag auf der Homepage des US-Finanzministeriums veröffentlicht.

Die neuen Einschränkungen resultieren aus dem im vergangenen Jahr verabschiedeten CAATSA-Gesetz über die Abwehr von USA-Gegnern durch Sanktionen. Auf der Liste stehen 13 Personen und drei Unternehmen, denen Washington eine Einmischung in die US-Präsidentenwahl zur Last legt.

Unter die Sanktionen fielen auch der Inlandsgeheimdienst FSB, der Auslandsgeheimdienst GRU und sechs Mitarbeiter dieser Behörden, die Washington für die Attacke mit dem

NotPetya-Virus verantwortlich macht.

Aktiva dieser Personen auf dem Territorium der USA werden gesperrt. Zudem wird US-Bürgern und Landesbewohnern verboten, Kontakte zu diesen Personen herzustellen.

Ukrinform.ua: Poroschenko begrüßt neue US-Sanktionen gegen Russland

Darüber schreibt er auf seiner Facebook-Seite.

„Ich begrüße die neuen Sanktionen der Vereinigten Staaten gegen den Kreml“, schreibt der Präsident.

„Jede widerrechtliche und illegale Aktion des Kremls, sei das auf der Krim oder im Donbass oder in Salisbury, wird unsere solide, entschiedene und feste Antwort auf beiden Seiten des Atlantiks bekommen“, stellte die ukrainische Staatsoberhaupt fest.

Am Donnerstag hat das US-Finanzministerium der Vereinigten Staaten Sanktionen gegen 14 Personen einer Einrichtung der Russischen Föderation, sowie Änderungen an bereits bestehenden Beschränkungen gegen fünf natürliche Personen und vier juristische Personen angekündigt.

Vormittags:

de.sputniknews.com: **Estnischer Ex-Geheimdienstgeneral: Skripal von Dilettanten vergiftet**

Der Giftanschlag auf den Ex-Agenten Sergej Skripal in England zieht weiterhin große internationale politische Aufmerksamkeit auf sich. Verschiedene westliche Staaten werfen russischen Geheimdiensten vor, hinter dem Anschlag zu stecken. Ein estnischer Ex-Geheimdienstgeneral hat diese Einstellung nun klar zurückgewiesen.

Laut dem General eines sowjetischen Geheimdienstes a.D. Villem Rooda ähnelt der Giftanschlag auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal in keiner Weise der Arbeit von Geheimdiensten. Diese Einschätzung teilte er in einem Interview für Sputnik Estland mit. Laut dem General, der im Moment in der estnischen Hauptstadt Tallin lebt, dürfte Skripal zahlreiche persönliche Feinde gehabt haben, die ein Interesse an einem Mordanschlag gehabt haben könnten.

Dies würde vor allem daran liegen, dass er während seiner Tätigkeit als Doppelagent verschiedene hochsensible Geheimdienstinformationen an die Briten weitergeleitet habe – darunter Angaben zu Dutzenden sowjetischen Agenten in Großbritannien, die dadurch einen erheblichen Schaden genommen haben könnten.

Dennoch würden die Umstände des Attentates – vor allem der Zeitpunkt, der Ort sowie das „Werkzeug“ – gegen die Verwicklung jeglicher Geheimdienste oder professioneller Geheimdienstagenten sprechen.

Militärgeheimdienste würden eigentlich nie „exotische Gifte oder radioaktive Substanzen“ zur „verdeckten Eliminierung“ von Zielpersonen nutzen, so Rooda.

Zudem haben vor allem Russland und der russische Geheimdienst keinen konkreten Grund gehabt, um Skripal jetzt „das Todesurteil zu unterschreiben“ und das auf diese Art und Weise durchzuführen – nicht zuletzt weil Skripal mittlerweile von keinem Interesse gewesen wäre.

„Niemand hat Skripal gebraucht“, so der Ex-Geheimdienstgeneral.

Daher schließt der Militär a.D. konsequent jegliche Beteiligung von staatlichen russischen Geheimdienstakteuren aus. Die Hintermänner würden sicherlich außerhalb Russlands zu finden sein.

Der Anschlag sei eindeutig als eine politische Provokation zu werten und ihre „Autoren“ sollten definitiv nicht in Moskau gesucht werden, so der estnische Ex-Geheimdienstgeneral.

de.sputniknews.com: Vergiftung von Skripal: Neue Details bekanntgegeben – Medien
Die britische Zeitung „The Telegraph“ hat unter Berufung auf hochrangige Quellen in Geheimdiensten neue Details zur Vergiftung des Ex-Doppelspions Sergej Skripal veröffentlicht.

Laut „The Telegraph“ befand sich der Stoff, mit dem Skripal vergiftet wurde, im Koffer seiner Tochter Julia.

Nach Angaben der Zeitung sollte das Gepäck erst im Haus von Skripal in Salisbury ausgepackt werden. Mit dem nervenparalysierenden Stoff könnten Kleidung, Geschenke oder Kosmetik von Julia durchsickert gewesen sein....

Dnr-news.com: Sawtschenko wurde in die Datenbank von „Mirotworjez“ aufgenommen
Die Abgeordnete der Obersten Rada Nadezhda Sawtschenko geriet in die Datensammlung der ukrainischen Skandal-Website „Mirotworjez“ als „Komplizin von Terroristen und Verräterin des Vaterlands“.

Sawtschenko wird der „Vorbereitung von Terroranschlägen auf dem Territorium der Ukraine“ und der „Vorbereitung eines Staatsstreiches“ angeklagt, heißt es auf der Website.

Laut Erklärung ist Sawtschenko verantwortlich für die Planung eines Terroranschlags in Kiew, wie der Generalstaatsanwalt der Ukraine Jurij Luzenko in einer Rede im Parlament sagte.

(Auf der Website „Mirotworjez“ werden Abgaben von angeblichen Feinden der Ukraine mit Namen und Adressen veröffentlicht, woraufhin schon einige von ihnen brutal ermordet wurden – Anm. d. Übers.)



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-03/thumbs/1521176617_1516429626.jpg

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **einmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.
Mit einem automatischen Granatwerfer wurde das Gebiet von **Slawjanoserbsk** beschossen.

de.sputniknews.com: Westliche Länder wollen Terroristen in Syrien aus der Schusslinie nehmen – Lawrow

Einige westliche Länder versuchen laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow, die Terroristen in Ost-Ghuta aus der Schusslinie zu nehmen und deren Kampfpotential aufrechtzuerhalten.

„Die einseitige Interpretation der Situation um Ost-Ghuta, die wir bereits aus der Geschichte von Ost-Aleppo kennen, liegt auf der Hand. Zu sehen ist das Streben einiger unserer westlicher Kollegen, die Terroristen aus der Schusslinie zu nehmen und deren Kampfpotential aufrechtzuerhalten, vor allem die Terroristen aus Dschabhat an-Nusra (Al-Nusra-Front), die in den Drehbüchern westlicher geopolitischer Regisseure die Rolle der Provokateure spielen; und die lassen sich ihrerseits von allem, aber nicht von den Interessen des syrischen Volkes leiten“, sagte Lawrow am Freitag auf einer Pressekonferenz in der kasachischen Hauptstadt Astana.

Lawrow hoffe außerdem darauf, die US-geführte Anti-IS*-Koalition werde die Terrormilizen in Syrien nicht unterstützen, sondern diese grundsätzlich, konsequent und kompromisslos bekämpfen. Es sei außerdem nötig, die konstruktive Opposition von den Terroristen zu trennen....

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte dreimal das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von drei Ortschaften mit Mörsern des Kalibers 120mm, Schützenpanzern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Sawtschenko: Von der Volksheldin zur Staatsfeindin

Die ukrainische Ex-Kampfpilotin und Parlamentsabgeordnete Nadeschda Sawtschenko ist als „Helfershelferin der Terroristen und Vaterlandsverräterin“ in die Datenbank der Webseite „Mirotworez“ aufgenommen worden.

Am Vortag hatte der Generalstaatsanwalt der Ukraine, Juri Luzenko, Sawtschenko der Verübung eines Terroranschlags und der Vorbereitung eines Staatsstreiches beschuldigt. Die Ermittlungsbehörde habe, so Luzenko, unwiderlegbare Beweise dafür, dass Sawtschenko persönlich Anweisungen für einen Terroranschlag im ukrainischen Parlament gegeben haben soll, bei dem die Kuppel des Gebäudes mit Minenwerfern zum Einsturz gebracht und die Parlamentsabgeordnete mit Sturmgewehren erschossen werden sollten. Luzenko hatte einen Auftrag auf ein Strafverfahren gegen Sawtschenko sowie ihre Festnahme und Verhaftung ins Parlament eingebracht.

Auf einer Pressekonferenz am Donnerstag hatte Sawtschenko dem Westen das Inspirieren des „Maidan“ 2013 in Kiew vorgeworfen und die ukrainischen Politiker Andrej Parubij und Sergej Paschinski der unmittelbaren Teilnahme an Verbrechen gegen das ukrainische Volk beschuldigt.

Die Datenbank der Webseite „Mirotworets“ umfasst Personen, die nach Ansicht der Seite Verbrechen gegen die nationale Sicherheit der Ukraine begehen könnten.

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 3. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

Gestern wurden in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf Sachanka folgende Wohnhäuser beschädigt:

Lenin-Straße 9/2 – direkter Treffer;

Lenin-Straße 13/1/2 – Beschädigung der Fenster, von Haushaltstechnik sowie einer außen

liegenden Gasleitung.

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezker Flughafen (Shabitschewo), Leninskoje, Sachanka.**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 183.

In den vorhergehenden 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand am 5. März 2018 um 01:00 (Moskauer Zeit) in Kraft trat.

Nachmittags:

Dan-news.info: „Bis heute wurden 170.000 DVR-Pässe ausgegeben“, teilte der Leiter des Migrationsdienstes des Innenministeriums der DVR Wladimir Krasnoschtscheka mit.

Ukrinform.ua: Ukraine ruft UN auf, auf illegale Wahlen auf der Krim zu reagieren
Die Abhaltung der Präsidentschaftswahlen auf der besetzten Krim durch Russland werde eine weitere grobe Verletzung des Völkerrechts sein, worauf die Weltgemeinschaft eine klare Antwort geben sollte, appellierte am Donnerstag in einer Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über die Situation auf der Krim die stellvertretende Außenministerin der Ukraine, Olena Serkal, berichtet der Ukrinform-Korrespondent aus den USA.

„Am 18. März beabsichtigt Russland die Abhaltung seiner Präsidentschaftswahlen, unter anderem auch auf der besetzten Krim“, erinnerte die Vertreterin der ukrainischen Außenbehörde.

Sie betonte ferner, die Ukraine habe bereits einen energischen Protest gegen die Russische Föderation erhoben.

„Diese Wahlen sind eine weitere Herausforderung für die internationale Gemeinschaft und die Vereinten Nationen. Wir dürfen eine weitere grobe Verletzung des Völkerrechts nicht hinnehmen“, sagte Frau Serkal.

Sie forderte die UN-Mitgliedsstaaten auf, „gemeinsam vorzugehen, um die russische Besetzung der Krim zu stoppen“.

In diesem Zusammenhang hat die ukrainische Stellvertreterin des Außenministers vorgeschlagen, entweder die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen oder in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen einstimmig aufzutreten.

„So müssen wir auf widerrechtliches und besinnungsloses Verhalten der Russischen Föderation reagieren“, sagte Serkal.

de.sputniknews.com: Ukraine lässt UN-Sitzung zur Verletzung der Rechte der Krim-Bewohner platzen – Jurist

In Genf ist eine Sitzung des UN-Menschenrechtsrats, bei der die Verletzung der Rechte der Krim-Bewohner seitens der Ukraine erörtert werden sollte, geplatzt. Dies teilte der Jurist und Leiter der Arbeitsgruppe der Krim-Vertretung bei dem russischen Präsidenten, Alexander Molochow, mit.

„Ich schließe nicht aus, dass die Sitzung wegen der Stellungnahme der ukrainischen Delegation abgesagt wurde“, sagte Molochow gegenüber RIA Novosti.

Molochow hat seinen Angaben nach am Freitag geplant, auf der 37. Session des UN-Menschenrechtsrats aufzutreten. Der offiziellen Version zufolge wurde die Sitzung wegen

eines Personalstreiks abgesagt.

Laut ihm versuchte die Ukraine „auf jede Art und Weise“ die Sitzung zum Platzen zu bringen. Zuvor hatte Molochow mitgeteilt, man werde in diesem Jahr dutzende Klagen bei den ukrainischen Gerichten erheben und fordern, den Krim-Bewohnern den durch die Energieblockade entstandenen Schaden zu kompensieren. Zudem sollten bei dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg im Zusammenhang mit der Wasserblockade auf der Halbinsel Klagen eingereicht werden.

Lug-info.com: „Am 15. März 2018 wurde in der Republik ein Terrorakt verhindert. In Lenina im Lutuginskij-Bezirk wurde in der Tschapajew-Straße 5a von dem Diensthabenden der örtlichen Elektrounterstation im Verlauf eines planmäßigen Rundgangs ein verdächtiges Objekt entdeckt“, teilte der Pressedienst der Volksmiliz der LVR mit.

„Von Soldaten der Militärkommandantur von Lutugino wurde dann festgestellt, dass in der Elektrounterstation am 110kW-Schalter am Montageschaum eine selbstgebaute Sprengeinrichtung in Form eines ovalen Gusses mit Plastiksprengstoff von etwa 2kg befestigt war, in dem ein Elektrozünder unbekanntens Typs installiert war“, teilte die Volksmiliz mit. Vor Ort trafen Polizei, Staatssicherheitsministeriums und Zivilschutzministerium der LVR ein. „Schlussfolgerungen über Beteiligte an dem Vorfall und ihre Ziele wird die Ermittlung ziehen, aber bereits jetzt kann gesagt werden, dass im Fall einer Realisierung der verbrecherischen Pläne die Stromversorgung von Lutugino ausgefallen wäre und auch 5000 Einwohner weder Heizung noch Strom gehabt hätten“, erklärte die Volksmiliz.

„Trotz des am 5. März ausgerufenen „absoluten Waffenstillstands“ unterlässt die ukrainische Regierung die Versuche, die Situation in den Republiken zu destabilisieren, nicht. Wir haben bereits erklärt, dass das ukrainische Kommando zwar die Zahl der Beschüsse an der Kontaktlinie reduziert hat, das ukrainische Kommando und Spezialdienste der Ukraine aber die Aktivität von Diversions- und Erkundungsgruppen erhöht haben“, stellte die Volksmiliz fest.

de.sputniknews.com: Finnische Delegation schlägt visafreie Einreise auf die Krim vor
Die derzeit auf der Krim weilenden Vertreter der Delegation der finnischen Öffentlichkeit haben die Einführung einer visafreien Einreise auf die Halbinsel für finnische Bürger sowie die Aufnahme einer direkten Flugverbindung zwischen Helsinki und Simferopol vorgeschlagen.

Laut der Leiterin der Delegation und Vorsitzenden der Assoziation der russisch-finnischen Freundschaft, Darja Skippari-Smirnowa, wollen viele Finnen die Krim besuchen. Nun sei die südliche Halbinsel jedoch schwer und mit viel Zeitaufwand zu erreichen. Eine direkte Flugverbindung könne dieses Problem lösen, so Skippari-Smirnowa.

„Wir haben vor, dem Krim-Chef, sofern er dafür zuständig ist, die Einführung einer visafreien Einreise für Finnen sowie die Aufnahme einer direkten Flugverbindung zwischen Helsinki und der Krim vorzuschlagen. Vorab haben wir das bereits mit einer finnischen Fluggesellschaft besprochen“, so die Leiterin der Delegation weiter gegenüber RIA-Nowosti. Die Vertreter der Delegation wollten zudem auf der Krim ein finnisches Kulturhaus eröffnen und besprechen diese Möglichkeit. Es ist der erste Besuch der Vertreter der finnischen Öffentlichkeit auf der Halbinsel nach ihrer Wiedervereinigung mit Russland.

Av-zakharchenkos.su: Am Freitag, den 16. März, besuchte eine Delegation der DVR die Republik Krim. Der Besuch findet im Rahmen der Festveranstaltungen aus Anlass der Feiern zum Tag der Wiedervereinigung der Krim mit der RF statt.

Während einer feierlichen Versammlung anlässlich des Tages des Referendums auf der Krim im Jahr 2014 und zum Tag der Wiedervereinigung der Krim mit Russland überreichte das

Oberhaupt der Republik Krim, der Vorsitzende des Ministerrats der Republik Krim Sergej Axjonow dem Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko eine Auszeichnung. Durch einen Erlass des Oberhauptes der Republik Krim wurde Alexandr Sachartschenko mit der staatlichen Auszeichnung der Republik Krim „Für Treue zur Pflicht“ für seinen gewichtigen Beitrag bei der Verteidigung der Einwohner des Donbass ausgezeichnet. Alexandr Sachartschenko seinerseits zeichnete Sergej Axjonow und den Vorsitzenden des Staatsrats der Republik Krim Wladimir Konstantinow mit dem Freundschaftsorden aus. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der DVR Dmitrij Trapesnikow und Alexandr Timofejew erhielten Auszeichnungen vom Ministerrat der Republik Krim.

„Ich will der Führung der Republik, den Anwesenden hier im Saal und dem ganzen Volk der Krim für diese ehrenvolle Auszeichnung sehr danken. Das ist eine Auszeichnung für den gesamten Donbass. Eine Auszeichnung für die Soldaten – fünfzehnjährige, vierzigjährige, sechzigjährige – die seit 2014 in den Schützengräben sitzen und ihre Heimat verteidigen. Für die Bergleute, die unter Beschüssen Kohle fördern, sich manchmal ohne Strom in den Bergwerken befinden. Dies ist eine Auszeichnung für die Elektriker, die unter Feuer Stromleitungen reparieren, für die Mitarbeiter der Kommunalwirtschaft, die die Straßen reinigen. Und ihr Leben lassen... Für die Ärzte, Lehrer – für alle Einwohner der Donezker Volksrepublik. Und ich freue mich sehr, dass diese Auszeichnung uns auf dieser heiligen Erde überreicht wird“, sagte Alexandr Sachartschenko.

„Im Jahr 2014 hat Russland „Nein“ zur Erniedrigung, „Nein“ zur Rechtlosigkeit gesagt, „Ja“ zum Stolz, „Ja“ zur Selbstachtung, „Ja“ zu jedem Bürger Russlands, jedem Bürger der russischen Welt. Und diese Worte - „Russland ist genug erniedrigt worden“ - erklangen hier, auf der Krim-Halbinsel, am 16. März 2014. Das Volk der Krim hat der ganzen Welt erklärt, dass dies der Zeitpunkt ist, nach dem niemand Russland je mehr erniedrigen kann. Russland respektiert jede Meinung und hört sie sich an, aber es kann auch dafür sorgen, dass eine Meinung gehört wird. Wie wird Russland jetzt wild beschuldigt, dass das Referendum nicht richtig war, dass alles gefälscht wurde.. Aber der Willensausdruck des Volkes ist die wichtigste Sache in einer Demokratie. Und die Stimme des Volkes erklang. Und alle Einwohner der Krim sagten, wir wollen nach Hause, wir wollen zurück in die Zukunft und müssen uns niemandem angleichen. Was auch immer wir tun, für sie werden wir immer schlecht sein. Liebe Krimbewohner, aus ganzem Herzen, von jedem Einwohner der DVR, gratuliere ich Ihnen zum vierten Jahrestag des Referendums, zu diesem großen Datum. Auf diesem Gebiet hat die ganze Welt erfahren, dass Russland zurückgekehrt ist, stärker geworden ist, und diese Worte haben Sie gesagt. Zum Feiertag Ihnen!“, sagte das Oberhaupt der DVR.

„Der Krimfrühling kam in die Geschichte unseres Landes und unserer Halbinsel, in die Weltgeschichte. Vor vier Jahren haben die Krimbewohner einhellig für die Einheit mit ihrer Heimat gestimmt, für die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit, für Frieden und Sicherheit, für eine bessere Zukunft. Wir haben gemeinsam der ganzen Welt gezeigt, dass auf der Krim freie Menschen leben, die man nicht betrügen, kaufen oder einschüchtern kann, die man nicht besiegen kann. Wir haben allen Völkern ein Beispiel echter Demokratie gezeigt“, sagte Sergej Axjonow.

„Wir neigen den Kopf vor dem mutigen Volk des Donbass. Ich bin überzeugt, dass auf Ihr gequältes Land Frieden kommen wird. Sie können immer auf die Hilfe und Unterstützung der Krimbewohner zählen“, sagte das Republikoberhaupt der Krim.

[Ukrinform.ua: Ukrainisches Außenministerium fordert Verschärfung der Krim-Sanktionen](#)
Die Sanktionen gegen Russland für die Annexion der Krim sollen bis zur vollständigen Deokkupation der Halbinsel verschärft werden.
Das schrieb die Sprecherin des ukrainischen Außenamtes Marianna Betsa auf Twitter anlässlich des Jahrestags des illegalen „Referendums“ am 16. März vor vier Jahren.
Nach dem „Referendum“ unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin einen Vertrag

über den Beitritt der Halbinsel zur Russischen Föderation. Weder das „Referendum“ noch der „Beitritt“ der Krim wurden von den meisten Länder der Welt nicht anerkannt (Originalformulierung der Website von ukrinform – Anm. d. Übers.)

de.sputniknews.com: Ost-Ghuta: Terrormilizen-Scharfschützen beschießen abziehende Zivilisten

Terrorkämpfer in der Stadt Hamouria haben Zivilisten beschossen, die Ost-Ghuta über einen humanitären Korridor verlassen wollten. Dies teilte der Sprecher des russischen Zentrums für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien, Wladimir Solotuchin, am Freitag mit.

„Die Kämpfer versuchten, den Abzug der Zivilisten zu verhindern. Mehrere Scharfschützen eröffneten ein gezieltes Feuer“, sagte er. Es seien Maßnahmen getroffen worden, mit deren Hilfe die Scharfschützen der Kämpfer vernichtet worden seien. Der Abzug der zivilen Bevölkerung werde bereits fortgeführt, hieß es.

Bis zum jetzigen Moment hätten 4127 Menschen das Gebiet verlassen. Unter ihnen seien vor allem ältere Personen, Frauen und Kinder. Insgesamt sollen mehr als 15.000 Zivilisten das Gebiet verlassen haben.

„Zudem äußerten die Einwohner der Stadt Arbil, die zweieinhalb Kilometer von der Stadt Duma entfernt ist, den Wunsch, das von den Kämpfern kontrollierte Gebiet zu verlassen. Die Vertreter der Banden haben das bislang verhindert“, sagte Solotuchin. Zurzeit führe das russische Zentrum für Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien Gespräche zum Abzug von Zivilisten aus Arbil, fügte er hinzu.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen) Trotz des „absoluten Waffenstillstands“ haben die Kiewer Truppen das Regime der Feuereinstellung **einmal** verletzt.

Die Positionen der Volksmiliz der LVR im Gebiet von **Slawjanoserbsk** wurden mit einem automatischen Granatwerfer beschossen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 29 Granaten abgeschossen.

Den Befehl zur Eröffnung des Feuers erteilt der Kommandeur der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte Drapatyj.

In der letzten Woche hat die OSZE das Fehlen folgender Waffen der ukrainischen Streitkräfte in den benannten Abzugsorten festgestellt: 5 152mm-Haubitzen „Giazint-B“; 17 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“; 15 122mm-Haubitzen 2S1 „Gwodzika“; 3 122mm-Haubitzen D-30; 14 120mm-Mörser 2B11 „Sani“; 13 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“.

Die ukrainischen Streitkräfte stationieren weiter Waffen und Militärtechnik, die von den Minsker Vereinbarungen verboten sind, entlang der Kontaktlinie, so in folgenden Gebieten: Nowoalexandrowka – Positionen von zwei Mörserbatterien des Kalibers 120 und 82mm; Popasnaja – auf dem Territorium einer Waggonreparaturfabrik befinden sich drei Haubitzen D-30 und einer Mörserbatterie aus dem Bestand der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte; Krymskoje – ausgerüstete Positionen, auf den eine Mörserbatterie und ein Unterstand mit einem Schützenpanzer stationiert sind.

Die ukrainischen Truppen haben die **Aufklärung mit Hilfe von Drohnen an der Kontaktlinie aktiviert, auch für die Feuerleitung der Artillerieeinheiten.**

Wir haben Flüge von Drohnen der ukrainischen Streitkräfte in den Gebieten von Troizkoje, Popasnaja, Katerinowka festgestellt, das ist der Verantwortungsbereich der 10.

Gebirgss Sturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte.

In Starobelsk wurde aus den Mitteln des Bezirkskrankenhauses ein **zusätzliches Hospital für „Helden der ATO“** mit 300 Betten eingerichtet.

Das medizinische Personal des Krankenhauses wurde teilweise entlassen, die übrigen wurden

für die Arbeit in dem Hospital eingesetzt, dabei ist eine Finanzierung für diese Kategorie von Spezialisten nicht vorgesehen.

Nach Informationen unserer Aufklärung, und das wird auch durch Mitteilungen von Bürgern der Ukraine in den sozialen Netzen bestätigt, sind im Staniza-Luganskaja-Bezirk, in den Ortschaften Walujskoje und Pschenitschnoje **in den Mittelschulen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte untergebracht** sind und die Schüler zwangsweise in die Schule in Kondraschewskaja verlegt wurden. Sie müssen jetzt 15 bis 20 km zur Schule zurücklegen. Das ist die Fürsorge der „unabhängigen“ für die zukünftige Generation.

Diese Fakten zeugen von der breit angelegten Vorbereitung der ukrainischen Streitkräfte auf eine Angriffsoperation.

Und zur Erreichung dieser Ziele verurteilt das Kommando der „ATO“ die Einwohner, die in der Zone der Antivolksoperation leben, zu Leiden und Entbehrungen. Von unserer Seite bitte ich die internationalen Organisationen wie das IKRK, die UNO, die OSZE und andere, diese Handlungen der ukrainischen Truppen entsprechend zu bewerten.

de.sputniknews.com: Kiew: Ungarn in Beziehungen zu Ukraine fast an roter Linie

Der ukrainische Außenminister, Pawel Klimkin, hat gegenüber BBC Ukraine die letzten Äußerungen ungarischer Offizieller über die OSZE-Mission in Transkarpatien kommentiert.

„Ich finde, dass die ungarische Seite sowohl inhaltlich, als auch, sozusagen, nach der Form und der Atmosphäre ihrer Erklärungen der roten Linie sehr nahe gekommen ist. Denn man spricht grundsätzlich nicht so mit den Partnern“, sagte der Minister.

Früher hatte Ungarn seine Bürger abgeraten, zwischen 16. und 18. März nach Transkarpatien zu reisen. Außerdem hatte eine OSZE-Mission auf Antrag des ungarischen Außenministers, Péter Szijjártó, ihre Arbeit in der Region begonnen.

Klimkin bezeichnete diese Handlungen als eine bewusste politische Manipulation und eine offensichtliche Verdrehung der Realität.

„Wozu eine OSZE-Mission in Transkarpatien? Ist es dort gefährlich? Das ist lächerlich, wenn das ungarische Konsulat sagt, dass es gefährlich ist, nach Transkarpatien zu fahren“, so der Politiker.

Die Spannungen in den Beziehungen zwischen der Ukraine und Ungarn waren vor dem Hintergrund der Diskussionen über das ukrainische Bildungsgesetz entstanden, das unter anderem die Möglichkeiten für den Unterricht in den Sprachen der nationalen Minderheiten deutlich einschränkt.

Die Regierungen etlicher Länder, darunter auch von Ungarn und Rumänien, sind der Meinung, dass das besagte Gesetz die Rechte der nationalen Minderheiten verletze. Moskau ist ebenfalls zu dem Schluss gekommen, dass dieses Dokument der Verfassung und den internationalen Verpflichtungen der Ukraine widerspreche.

Nach den Angriffen auf das Büro der Union der Ungarn am 4. und 27. Februar im westukrainischen Uschgorod in Transkarpatien hatte das ungarische Außenministerium aufgerufen, Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in diese Region zu entsenden.

Dan-news.info: Kommentar der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa zu den Ergebnissen des Treffens der humanitären Untergruppe der Kontaktgruppe in Minsk

Im Minsk fand am 14. März eine weitere Sitzung der Arbeitsgruppe zu humanitären Fragen statt. Leider kann man sagen, dass die **Arbeit der Untergruppe praktisch zum Stillstand gekommen** ist. Dies hängt vor allem mit dem Fehlen von bevollmächtigten Personen aus Kiew bei den Verhandlungen zusammen.

Es ist unmöglich etwas mit Personen zu erörtern, die im Verhandlungsprozess nicht

ausreichend informiert sind. Im Zusammenhang damit konnten wir nur wenige der Fragen, die auf der Tagesordnung stehen, behandeln. Ich will sagen, dass es eine solche Praxis gibt, dass selbst wir vorher etwas mit Experten vereinbart haben, dann die offiziellen Vertreter der ukrainischen Seite kamen und alles zuvor Erreichte wieder auf Null gesetzt wurde.

Wir wissen nicht, wie ein Dialog mit der ukrainischen Seite geführt werden soll, wenn ihre Positionen nicht durch offizielle schriftliche Dokumente festgehalten sind. Mehr noch, wir haben auch auf unsere Fragen keine Antworten erhalten:

- was ist der prozessuale Status der Personen, die am 27.12.2017 ausgetauscht wurden und warum haben sie die Dokumente, die ihre Identität bestätigen, und ihre medizinischen Karten nicht zurückerhalten;

- die Möglichkeit der Freilassung und Übergabe von Bürgern der RF, die zuvor von der ukrainischen Seite unter Berücksichtigung ihres prozessualen Status in den Austausch aufgenommen worden waren;

- in welcher Etappe befindet sich die Frage der vermissten Personen;

- wird die Regierung der Ukraine weiter Menschen in Kategorien aufteilen oder nicht;

- welche Position der ukrainischen Seite besteht in Bezug auf die Formel des Austauschs „aller festgestellten Personen gegen alle festgestellten“?

Unsererseits haben wir den Koordinator der Untergruppe Toni Frisch gebeten, diese Fragen bei der Kontaktgruppe vorzustellen. Außerdem haben wir den Experten unsere Vorschläge vorgelegt und sie gebeten, sie an die offiziellen Vertreter der Ukraine zu übermitteln.

de.sputniknews.com: Beginnt bald ein „Kalter Krieg“ zwischen Moskau und Westen? Kreml antwortet

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow, hat die Möglichkeit eines „Kalten Krieges“ zwischen Russland und den westlichen Ländern am Freitag vor der Presse kommentiert.

„Solche, sozusagen, apokalyptischen Ausdrücke darf man in dieser Situation kaum verwenden. Denn die britische Seite muss, sagen wir, früher oder später auch ihren Kollegen, die in dieser Situation ihre Solidarität mit London ausgesprochen haben, überzeugende Beweise vorlegen“, so Peskow.

Großbritannien werde „früher oder später“ von konjunktivischen zu bestimmten Vorwürfen wechseln müssen. „Bisher haben wir das nicht gesehen“....

Lug-info.com: Die Geflügelzüchter der LVR versorgen die Einwohner zu 100% mit Hühnereiern, erklärte auf einer Pressekonferenz der Landwirtschaftsminister der LVR Jurij Pronko.

In der Republik entwickelt sich die Geflügelzucht äußerst aktiv.

Auch die Zucht von Fleischgeflügel entwickelt sich, damit befassen sich zwei große Unternehmen „Agroptacha“ und „Argojug“.

„Außerdem wurde in der Republik im Ergebnis der ersten Monate des Jahres 2018 ein kleines Wachstum – von ein bis sieben Prozent – bei der Kopfzahl von Rindern, Schweinen und Schafen erzielt“, sagte Pronka.

Wir erinnern daran, dass im Oktober 2015 die Einwohner der Republik zu 42% des Bedarfs mit Eiern versorgt wurden.

de.sputniknews.com: Botschafter in Berlin: Russland für gemeinsame Aufklärung des Skripal-Falls

Russland will keine Verschärfung der Beziehungen zu Großbritannien und den anderen europäischen Staaten. Das hat Botschafter Sergej Netschajew gegenüber Sputnik erklärt.

Russland hat mit dem mutmaßlichen Mordversuch an dem Ex-Agenten Sergej Skripal nichts

zu tun, so der Diplomat. Und: Ultimaten sind keine Sprache auf die Russland reagiert. Russland hat mit dem mutmaßlichen Giftanschlag auf den Ex-Agenten Sergej Skripal und dessen Tochter am 4. März in Großbritannien nichts zu tun. Das betonte der russische Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, am Donnerstag in Berlin gegenüber Sputnik. Am Rand der Festveranstaltung des Deutsch-Russischen Forums erklärte er:

„Man muss sofort eine prinzipielle Frage stellen: Wem nutzt das?“

Skripal habe Russland nach seiner Amnestie 2010 verlassen können, erinnerte der Botschafter. „Er war nicht gefährlich für unsere Dienste und deshalb konnte er ruhig nach Großbritannien fahren. Wir brauchen diesen tragischen Vorfall nicht vor den Präsidentschaftswahlen, vor unserer Fußball-Weltmeisterschaft.“

„*Ultimatum ist keine akzeptable Sprache*“

Netschajew sagte: „Wir haben unseren britischen Kollegen die Zusammenarbeit im Rahmen des Übereinkommens über das Verbot der chemischen Waffen vorgeschlagen.“ Es seien vier entsprechende Noten an die britische Regierung übermittelt worden, mit der Bitte, Muster der Proben des mutmaßlich eingesetzten Giftstoffes zu übergeben. Nach dem Übereinkommen sollte eine Antwort innerhalb von zehn Tagen erfolgen.

Russland sei bereit, bei den Untersuchungen zusammenzuarbeiten, betonte der Diplomat. Ein Ultimatum sei für Russland „nicht die Sprache, die wir akzeptieren“. Deshalb könne Großbritannien nicht mit einer Reaktion darauf rechnen. Moskau werde auf die Ausweisung seiner Diplomaten durch London reagieren. „Aber das ist nicht unsere Option. Wir haben diese Verschärfung nicht ausgelöst. Wir haben mit diesem Fall nichts zu tun und wollen ganz normale Beziehungen in Europa.“



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31685/06/316850626.jpg>

armiyadnr.su: Pressekonferenz des Leiters des Pressedienstes der Streitkräfte der DVR
Hauptmann D.W. Bessonow über die Situation an der Kontaktlinie vom 10. bis 16. März 2018
Guten Tag!

In den Streitkräften der Donezker Volksrepublik wurden in der letzten Woche planmäßige

Übungen zur militärischen Ausbildung, Übungen mit Kommandeuren von Zügen und Abteilungen sowie komplexe taktische Übungen mit Panzergrenadier- und Panzereinheiten durchgeführt. In allen Einheiten der Streitkräfte der Republik wird eine hohe Bereitschaft zu einer möglichen Verschärfung der Lage aufrechterhalten.

Trotz des geltenden Waffenstillstands ist die Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte in den letzten 24 Stunden erheblich angewachsen, ihre Intensität hat sich erhöht, es wurden Mörser verwendet, die von der Kontaktlinie abgezogen sein müssten.

In Richtung Mariupol wurden die Gebiete von **Leninskoje, Shabitschewo und Sachanka** beschossen, auf die der Gegner zehn Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abschoss, außerdem verwendete er Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 14 Mal** das Regime der Feuereinstellung verletzt und 63 Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **12 Ortschaften der Republik** beschossen.

In der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden ein Haus in Kominternowo in der Achmatowa-Straße 7, drei Häuser in der Lenin-Straße in Sachanka beschädigt, außerdem wurde das Gebiet einer Schule in der Wartasarow-Straße in Sachanka beschossen.

In der letzten Woche **starb ein Soldat der Streitkräfte der DVR** bei der Verteidigung der Republik.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie. Im einzelnen wurden von unserer Aufklärung entdeckt:

14 Mehrfachraketenwerfer „Grad“;

6 Antipanzergeschütze „Rapira“;

1 Abwehrraketenkomplex „Strela-10“;

17 Panzer T-72;

92 Schützenpanzer und Schützenpanzerwagen.

Die ukrainischen Streitkräfte verstärken weiter ihre Angriffsgruppierungen in der Zone des militärischen Konflikts. In Richtung Donezk und Mariupol waren die Anstrengungen der ukrainischen Besatzer in der letzten Woche auf die Auffüllung von Munitions- und Treibstofflagern gerichtet. Außerdem wurden Maßnahmen zur Tarnung von an der Kontaktlinie zusammengezogenen schweren Waffen durchgeführt.

Technische Einheiten des Gegners haben Routen zum Vordringen von Brigaden der zweiten Staffeln und der Reserven in den Richtungen des Hauptschlags vorbereitet. Die ukrainischen Okkupanten haben Arbeiten zur Säuberung und Verstärkung von Straßen unter dem Anschein guter Absichten durchgeführt. Um keine Panik unter der Bevölkerung auf dem besetzten Territorium zu erzeugen, wurden die Maßnahmen unter der Legende der Unterstützung der Einwohner der frontnahen Ortschaften durchgeführt.

Die aggressiven Pläne des ukrainischen Besatzungskommandos zur Entfachung breit angelegter Kämpfe werden immer offensichtlicher. Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die Aufgaben in der Zone der sogenannten „ATO“ erledigen, haben begonnen, sich bewusst zu werden, dass man sie ein weiteres Mal als „Kanonenfutter“ verwenden will. Genau deswegen beeilt man sich nicht, sie von den Positionen zu verlegen und auf Übungsplätze im tiefen Hinterland abzuziehen. Obwohl viele schon mehr als 3-4 Monate länger als den vorgesehenen Zeitraum dort sind.

Die überwältigende Mehrheit der ukrainischen Soldaten, die sich in der Zone des militärischen Konflikts befinden, sind mit der Absicht zur Armee gegangen, Geld zu

verdienen. Einige von ihnen, die „unternehmerischsten“ verdienen nicht schlecht an Plünderungen und Waffen- und Munitionshandel. In der überwältigenden Mehrheit verfolgen die ukrainischen Soldaten nur geschäftliche Interessen. Sie sind mit der derzeitigen Situation mit der „Überziehung“ ihres Aufenthalts in der Konfliktzone relativ zufrieden. Fast 80% des Personals der ukrainischen Streitkräfte sind nicht dazu bereit, in den sicheren Tod in irgendeinem weiteren „Kessel“ getrieben zu werden, der, wie es bereits mehrfach der Fall war, von einem unfähigen Militärkommando organisiert wird.

Weil sie nicht an der Realisierung der Pläne zur Wiederaufnahme breit angelegter Kämpfe im Donbass beteiligt sein wollen, haben mehr als 400 Soldaten der 25. Luftlandebrigade, der 79. Luftsturmbrigade und der 57. Panzergrenadierbrigade einen Antrag auf Entlassung aus den Reihen der ukrainischen Streitkräfte unterschrieben.

Im Zusammenhang damit hat sich die Situation in der 25. Brigade so weit verschlechtert, dass ihre Positionen im Gebiet von Awdejewka durch Einheiten der 95. Luftsturmbrigade aus der Reserve des Kommandeurs der sogenannten „ATO“ verstärkt werden mussten.

Ukrainischen Soldaten, die 24 Monate gedient haben, haben beschlossen, ihr Recht auf vorzeitige Entlassung zu nutzen, das vom ukrainischen Gesetz vorgesehen ist. Aber das Kommando der Brigaden in der „ATO“-Zone, das eine Massenflucht seiner Untergebenen im Vorfeld der geplanten Angriffshandlungen fürchtet, verheimlicht ihnen gegenüber in jeder Weise die vom Gesetz vorgesehene Regelung zur Auflösung des Vertrags.

Viele ukrainische Soldaten, die die festgelegten Zeiträume gedient haben und die Entlassung nicht erwarten können, verlassen selbständig ihre Truppenteile und gehen nach Hause. So wurden in zwei Monaten im Jahr 2018 vom Kommando der operativ-taktischen Gruppe „Donezk“ 217 Soldaten erfasst, die eigenmächtig ihre Truppenteile verlassen haben, d.h. Deserteure sind, davon sind 21 Offiziere.

Zur Wiederauffüllung des mit jedem Tag wachsenden Personaldefizits hat das ukrainische Militärkommando die Durchführung von Reservistenübungen auf Übungsplätzen in den Oblasten Nikolajewka und Charkow organisiert. In den geplanten Kämpfen hat das Kommando der ukrainischen Streitkräfte vor, die Bürger der drei ersten Mobilisierungswellen, die schon in mehr als einen „Kessel“ „gehärtet“ wurden, zu nutzen.

de.sputniknews.com: **Russische Präsidentschaftswahlen: Kiew will keine Russen in Ukraine zur Wahl zulassen**

Am Sonntag werden die russischen Präsidentschaftswahlen stattfinden. Auch im Ausland können sich Personen mit russischer Staatsbürgerschaft daran beteiligen. Das ukrainische Innenministerium will allerdings den dort lebenden Russen dieses Recht verweigern und die Teilnahme an der Stimmabgabe verhindern.

Das ukrainische Innenministerium hat erklärt, russische Staatsbürger zu der Stimmabgabe bei den Präsidentschaftswahlen am 18. März nicht zuzulassen. Ihnen soll der Zugang zu der russischen Botschaft sowie allen weiteren konsularischen Institutionen verwehrt werden. Demnach sollen nur Angestellte der russischen Institutionen Zugang in die Konsulate und die Botschaft erhalten.

"Das Innenministerium der Ukraine traf die Entscheidung über die Unmöglichkeit, Wahlen abzuhalten, die die Gesetze der Ukraine auf dem Territorium der Ukraine (...) verletzen", heißt es in der Erklärung des Innenministeriums.

Die Entscheidung wird mit der Absicht Russlands begründet, die Wahl auch auf dem Territorium der Schwarzmeer-Halbinsel Krim auszutragen, die Kiew als eigenes Gebiet betrachtet. Daher wurde beschlossen, die Abstimmung in ganz Ukraine zu verbieten.

„Diplomatische Einrichtungen Russlands in der Ukraine werden von Angeboten der Nationalgarde und der Polizei bewacht. Durchgelassen werden nur Personen mit diplomatischem Status“, hieß es in dem Papier.

Das Außenministerium appellierte an die Diplomaten und Bürger Russlands in der Ukraine,

legitime Forderungen Kiews zu akzeptieren, keine Provokationen zuzulassen sowie Ordnung und Gesetze der Ukraine zu wahren. Zugleich erwägt die Ukraine Sanktionen gegen die Organisatoren der russischen Präsidentenwahl auf der Krim.

Russland will den UN-Sicherheitsrat auf Verstöße gegen das Wahlrecht russischer Bürger aufmerksam machen. Zudem erwägt Moskau Protestnoten an die EU sowie die Führungen Deutschlands und Frankreichs, die Garanten der Minsker Friedensabkommen für die Ukraine sind.

Dnr-news.com: Poroschenko kündigte die „Operation der Vereinigten Kräfte“ an
Der Präsident der Ukraine Petr Poroschenko erklärte am Freitag, dass er Generalleutnant Sergej Najew zum Befehlshaber der Vereinigten Kräfte im Donbass ernannt habe. Dies schrieb er auf seiner Facebook-Seite.

Poroschenko erinnerte daran, dass die Rada das Gesetz zur Reintegration des Donbass angenommen hatte, wonach das Format von „Anti-Terror-Operation“ in der Region in eine „Operation der Vereinigten Kräfte“ geändert werden soll.

Die Führung von Kräften und Mitteln der ukrainischen Armee und anderer militärischer Formationen und der Strafverfolgungsbehörden wird in der Verantwortung des Kommandierenden der Vereinigten Kräfte liegen. Ich habe beschlossen, für diese Position Generalleutnant Sergej Najew zu ernennen“, schrieb Poroschenko.

Der Präsident der Ukraine erklärte, dass der dem Befehlshaber die Aufgabe gestellt habe, die Streitkräfte so zu verstärken, „dass sie nicht nur defensive Aufgaben erfüllen, sondern auch die besetzten Gebiete befreien können“.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-03/thumbs/1521212369_1482852650.jpg

de.sputniknews.com: „Beschämende Versammlung“ – Russland über heutigen SS-Marsch in Riga

Regelmäßig finden in den baltischen Staaten Gedenkmärsche von SS-Anhängern und SS-Veteranen statt. Andere EU-Staaten verschließen bei dieser Heroisierung der SS weitgehend die Augen. Nun hat das russische Außenministerium eine klare Reaktion von der Weltöffentlichkeit auf den heutigen Aufmarsch in der lettischen Hauptstadt Riga gefordert. Das russische Außenministerium hat den erneuten Marsch von Legionären der „Waffen-SS“ in der lettischen Hauptstadt Riga am 16. März scharf kritisiert.

Die russische Seite hoffe auf klare Stellungnahmen der Weltöffentlichkeit und internationalen Organisationen zu diesem Vorfall.

Wie Moskau hervorhebt, seien am 16. März im Zentrum Rigas „bei stummer Zustimmung der lettischen Regierung“ diejenigen gewürdigt worden, die in den Reihen der lettischen Legion der Waffen-SS massive Verbrechen gegen die Menschheit begangen hätten.

Diese Personen seien für Massenmorde an der Zivilbevölkerung sowie für die „Vernichtung von Juden“ verantwortlich.

„Es ist erstaunlich, dass während des Marsches diese ‚unschuldigen Opfer und Verteidiger der Freiheit‘ sorgsam von Abgeordneten der Regierungskoalition betreut wurden. Solche für ein modernes Europa beschämenden Versammlungen, bei denen auch Vertreter des politischen Establishments teilnehmen, erwecken bei uns ein Ekelgefühl...“, heißt es in der Erklärung. Russland würde daher „diese beschämende Versammlung“ entschieden verurteilen und „eine prinzipielle Bewertung der Ereignisse in Lettland seitens der internationalen Gemeinschaft“ erwarten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30150/24/301502435.jpg>

Dan-news.info: „Bei der Arbeit zur Säuberung der Straßen, die zur Donezker Filterstation führen, durch Kräfte des Zivilschutzministeriums der DVR wurden entdeckt: eine Antipersonenmine, eine Handgranate vom Typ RGD, sechs Granaten vom Typ WOG sowie Patronen von Abwehrgeschützen“, teilte der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow mit.

Dank der Aktivitäten der republikanischen Entminungskräfte konnten heute Morgen Vertreter der OSZE-Mission zur DFS fahren.

Abends:

de.sputniknews.com: MdB Alexander Neu: Skripal-Fall nutzt Westen – Vorwürfe gegen Moskau unlogisch

Der Westen versteht Russlands Geduld gegenüber Provokationen falsch. Davor warnt der Linken-Abgeordnete Alexander Neu gegenüber Sputnik. Er sieht den Westen auf einem „sehr

schlechten Weg“ im Verhältnis zu Russland. Moskau wird sich nicht ewig zurückhalten, befürchtet Neu. Vorwürfe gegen Russland zum Skripal-Fall sieht er ohne Logik. Es gebe nur eine Menge Spekulationen zu dem mutmaßlichen Mordversuch gegen den russischen Ex-Agenten Sergej Skripal und dessen Tochter am 4. März in Großbritannien. Das stellte Alexander Neu, Bundestagsabgeordneter der Linkspartei, am Donnerstag in Berlin gegenüber Sputnik fest. Die angebliche Verantwortung Russlands für den Fall werde aber nicht bewiesen.

Großbritannien und die USA würden „immer wieder mit Vorwürfen kommen, sie aber nicht belegen können – oder nicht belegen wollen“. Doch diese Unterstellungen würden als Fakt behandelt. Das stellte der Abgeordnete am Rand der Festveranstaltung des Deutsch-Russischen Forums im Interview fest. Das sei ein großes Problem, über das geredet werden müsse und zudem auch Gegenaufklärung notwendig sei.

„Der konkrete Fall jetzt in Großbritannien erschließt sich mir nicht in der Logik, welche Interessen Russland damit verfolgen könnte. Man hatte ja acht Jahre Zeit, diesen Menschen zu töten. Warum also eine Woche vor der Wahl? Warum wenige Wochen vor der Fußball-Weltmeisterschaft? Damit geht für Russland ein Imageschaden einher, der unermesslich ist. Warum sollte Russland das tun?“

Auf die Frage, wem das nutze, so Neu, sei die Antwort: „Russland nicht!“ Der Fall nutze dagegen „ganz konkret dem Westen“, stellte der Politiker klar. Einige seien unter anderem unglücklich, dass die WM in Russland ausgerichtet wird. Das gelte auch für den voraussichtlichen Sieg Wladimir Putins bei der Präsidentschaftswahl am Sonntag. „Wenn man dann noch mal einen globalen Imageschaden produzieren kann, ist das sicherlich im Nutzen von den USA und ihren Verbündeten.“

„Wir sind auf sehr schlechtem Weg“

Der Linken-Abgeordnete hob hervor: „Die Situation mit dem Ultimatum der britischen an die russische Regierung erinnert doch sehr an dieses Ultimatum der K-und-K-Monarchie an Serbien 1914. Was daraus geworden ist, vier Wochen später, wissen wir: Vier Jahre grausamer Krieg. Ich will nicht sagen, dass es jetzt so weit geht. Aber es kommt ein Mosaiksteinchen zum anderen, seit Jahren.“ Die Frage sei, wann eine Linie überschritten werde, wo der Knoten platze und es zum Krieg komme.

„Wir sind auf einem sehr schlechten Weg“, warnte Neu. „Es wird nicht morgen Krieg geben. Aber es kann in ein, zwei Jahren passieren, dass eine Sprachlosigkeit vorherrscht und dann Waffen sprechen.“ Aus seiner Sicht geht der Westen davon aus, dass Russland immer wieder nachgibt. Er habe das auch schon in politischen Gesprächen gehört, dass davon ausgegangen wird, dass Russland nicht reagiere. Moskau halte sich sehr zurück, aber: „Die Frage ist, wann ein Punkt erreicht ist, an dem Russland gesichtswahrend sich nicht mehr zurückziehen kann. Ich glaube, das wird im Westen unterschätzt.“

[ukrinform.ua: Nervengiftattacke auf Skripal: Außenminister Johnson beschuldigt Putin](#)
Der russische Präsident Wladimir Putin ist laut dem britischen Außenminister Boris Johnson vermutlich für den Nervengiftanschlag auf den ehemaligen Ex-Spion Sergej Skripal verantwortlich.

Die Entscheidung für den Nervengifteinsatz sei „höchstwahrscheinlich“ von Putin selbst getroffen worden, sagte der britische Außenminister Boris Johnson am Freitag in London auf einer Pressekonferenz mit dem Außenminister Polens Jacek Czaputowicz. Das berichtet Metro. Nach Worten von Czaputowicz habe Warschau keinen Zweifel an einer Beteiligung Russlands am Giftanschlag.

Der Zorn Londons richte sich gegen den Kreml, nicht gegen das russische Volk.

Der ehemalige Oberst des russischen Militärgesheimdienstes GRU Sergej Skripal und seine Tochter Julia wurden am 4. März Opfer eines Attentats mit Nervengift im englischen Salisbury. Ihr Zustand ist kritisch. Skripal wurde 2010 gegen russische Agenten in den USA

ausgetauscht.

de.sputniknews.com: „Diplomatisch inakzeptabel“: Moskau kontert Londons Anschuldigungen gegen Putin

Der britische Außenminister Boris Johnson hat dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, persönlich die Schuld für den mutmaßlichen Mordversuch an dem Ex-Agenten Sergej Skripal und seiner Tochter gegeben. Russland reagierte mit einer scharfen Antwort.

Britische Medien zitierten am Freitag Johnsons Worte, es sei „äußert wahrscheinlich“, dass Putin die Entscheidung über den Einsatz eines Nervenkampfstoffes gegen Skripal „persönlich getroffen“ habe.

„Wir haben bereits auf verschiedenen Niveaus erklärt, dass Russland mit dieser Geschichte nichts zu tun hat. Jegliche Hinweise oder Erwähnungen unseres Präsidenten in diesem Zusammenhang sind nichts anderes als eine schockierende und unverzeihliche Verletzung diplomatischer Benimmregel“, sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow....

ukrinform.ua: Klimkin über Nervengiftanschlag: Russland verfolgt im Fall 4D-Strategie
Im Fall des vergifteten russischen Ex-Spion Sergej Skripal führt Russland eine Kampagne der Desinformation durch.

Die Kampagne basiert auf der 4D-Strategie: dismissing, distorting, distracting, dismaying, heißt es in einer Erklärung des Außenministers der Ukraine Pawlo Klimkin. So kommentierte Klimkin die wachsende Welle der russischen Bestreitungen und Gegenbeschuldigungen wegen des Giftanschlags auf Skripal. Laut dem Minister habe Russland eine ähnliche Kampagne nach dem Abschuss des Fluges MH17 durchgeführt.

Klimkin betonte weiter, dass Russland in „industriellen Maßstäben“ lügt. Das einzige Mittel, dem zu widerstehen, sei die gleiche Verachtung zu zeigen, wie sie auf Beschuldigungen der britischen Premierministerin Theresa May reagiert hätten. Die Lügen, die der Kreml „industriell“ produziert, dürfen die Aufmerksamkeit der Welt von der Wahrheit nicht ablenken, fügte der Außenminister hinzu.

de.sputniknews.com: Merkel will Engagement Russlands bei Ermittlung zum Giftanschlag an Ex-Spion

An der Aufklärung des Giftanschlags auf den Ex-Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter in Großbritannien wird sich hoffentlich auch Russland beteiligen. Das sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Freitag in Berlin in einer Stellungnahme zur Absicht Londons, eine unabhängige internationale Ermittlung zu dem Fall einzuleiten.

Merkel würdigte ausdrücklich, dass die britische Regierung dazu das verwendete Gift zur Verfügung stelle. Der Kanzlerin zufolge wird der Fall Skripal demnächst vom EU-Rat behandelt. Aber es gehe nicht um einen Boykott der Fußball-Weltmeisterschaft in Russland als Reaktion des Westens auf den Giftanschlag in Großbritannien. Es gehe jetzt um eine rasche Aufklärung dieses Anschlags, sagte sie.